



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr.39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 17. Dezember 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein ereignisreiches Jahr 2015 neigt sich dem Ende zu, das letzte Plenum dieses Jahres liegt mit der Verabschiedung des Haushaltes gerade hinter uns.

In dieser Plenarwoche haben wir den Rahmen für das Handeln unserer rot-grünen Landesregierung gesetzt. Der Entwurf hat im Laufe der Beratungen einen klaren Schwerpunkt erhalten: die Flüchtlingspolitik. Mit der Bereitstellung von insgesamt 1,3 Milliarden Euro werden wir auf diese Herausforderung reagieren, die Aufnahme der vielen Menschen gewährleisten und die Integration ermöglichen.

Unsere Schwerpunkte haben wir aber nicht nur in der Flüchtlingspolitik gesetzt. Auch weitere wichtige Aufgaben, Projekte und Initiativen profitieren vom Haushalt des kommenden Jahres. Besonders gefreut habe ich mich, dass es erneut gelungen ist, zusätzliche Mittel für das TfN und das RPM in den Landeshaushalt einzustellen. Von der zusätzlichen Förderung der kommunalen Theater profitiert das TfN mit rd. 174.000 Euro und das RPM erhält, wie im letzten Jahr, eine Landesförderung i. H. v. 100.000 Euro.

Weitere Schwerpunkte und Akzente unserer Arbeit werden wie folgt in den Haushalt eingestellt:

Innenpolitik

Maßnahme	Euro
Erhöhung der Personalstärke in der Polizei	2.769.000
Landeszentrale politische Bildung	1.014.000
Mehrarbeitsvergütung für Polizei	1.000.000
Dokumentationsstelle Verfassungsschutz	800.000
Aussteigerprogramm Salafismus	107.000
Täter-Opfer-Ausgleich in Strafverfahren	200.000
Mobile Opferberatung	200.000
Interkulturelle Kompetenz für Vollzugsbedienstete und Justizwachmeister	100.000
Aussteigerhilfe Islamismus	200.000

Flüchtlings- und Willkommenspolitik

Maßnahme	Euro
Sprachförderung von Flüchtlingskindern	6.000.000
Projekte zum Arbeitsmarktzugang für Migranten	1.500.000
IQ-Netzwerk: Anerkennungsberatung	480.000
Flüchtlingssozialarbeit in Erstaufnahmeeinrichtungen	300.000
Psychosoziales Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge	70.000
Unabhängige Abschiebehaftberatung	50.000

Soziales & Kultur

Maßnahme	Euro
Schulsozialarbeit	9.285.000
Förderung von Inklusionsmaßnahmen	1.250.000
Landespatientenbeauftragter & Patientenfürsprecher	150.000
Modellprojekt Stärkung Maßregelvollzug	150.000
Umsetzung Landespsychiatrieplan	150.000
Kommunale Theater	800.000
Stärkung der Denkmalpflege	500.000
Förderung des Museums Friedland	480.000
Deutsche Rockmusik-Stiftung	200.000
Landesverband Freie Theater	100.000
Roemer- & Pelizaeus-Museum Hildesheim	100.000

Ökologie & Ökonomie

Maßnahme	Euro
Industrie 4.0	4.000.000
Energetische Sanierung landeseigener Gebäude	2.500.000
Neues Programm: Elektromobilität und alternative Antriebe	750.000
Erhöhung des Schulobstprogramm	500.000
Erhöhung der Tierseuchenkasse	500.000
Förderung des Tierschutzes	500.000
Klimaschonende Landbewirtschaftung	100.000
Landwirtschaftskammer	500.000
Altlastensanierung in Gemeinden	300.000
Stärkung der Ökologische Stationen	669.000
Mutterkuhhaltung & Weidemast	350.000
Binnenfischerei	300.000
Bürgerbeteiligung AKW-Rückbau	80.000
Unterstützung der WLAN-Initiative Freifunk	100.000

Noch einmal zurück zur Flüchtlingspolitik: Wir haben in den letzten Monaten die Debatten mit dem Schwerpunkt geführt, wie so viele Menschen, die in so kurzer Zeit zu uns gekommen sind, unterzubringen und zu versorgen sind. Wir müssen jedoch weiter denken. Die Idee des Asylrechts ist es zwar, dass die Menschen nach Beendigung der Konflikte in ihren Heimatländern wieder dorthin zurückkehren. Es wird jedoch so sein, dass viele hier bei uns nicht nur kurzfristig Schutz vor Krieg und Vertreibung finden. Diese Menschen finden in vielen Fällen bei uns eine neue Heimat. Dieser Flüchtlingszustrom ist daher eine echte Zuwanderung.

Und weil das so ist, haben viele Menschen ein Bauchgrummeln: Sie fragen sich, ob unsere Gesellschaft in der Lage ist, die Menschen aufzunehmen. Sie haben Sorge, dass es Konflikte geben und unsere Gesellschaft sich verändern wird. Wir werden daher als Politik und Gesellschaft alles dafür tun, die Integration dieser Menschen in unsere Gemeinschaft hinzukriegen und damit Verwerfungen in der Gesellschaft und ein Erstarren rechter Parteien zu verhindern.

Integration ist somit zwingende Folge des Rechtes auf Asyl und zugleich die große Herausforderung der nächsten Jahre. Integration kann jedoch nicht politisch oder sogar durch ein Gesetz vorgeschrieben werden. Integration verlangt die Bereitschaft der Betroffenen, muss aber insbesondere in der Gesellschaft selbst passieren. Daher ist der von der Landesregierung und einem breiten Bündnis getragene Aufruf „**Niedersachsen packt an**“ der richtige Schritt. Dieses Bündnis aus Regierung, Gewerkschaften, Unternehmen und Kirchen wirbt für Solidarität, Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Mit diesem Aufruf werden das richtige Klima und die Bereitschaft für die erforderliche Integration hier bei uns geschaffen. Und dies ist genau das, was wir jetzt brauchen!

Ich möchte daher bei allen dafür werben, mit anzupacken und dieses Bündnis für die Bewältigung der großen Herausforderung unseres Landes, zu unterstützen! Mit unserer **Aktuellen Stunde „Niedersachsen packt an – das Bündnis für unser Land“** haben wir dies im Plenum getan.



LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

Selbstverständlich standen neben den Haushaltsberatungen und der Verabschiedung des Haushaltes noch weitere abschließende Beratungen von Entschließungsanträgen und Gesetzentwürfen, die von uns bzw. unserer Landesregierung eingebracht wurden, auf der Tagesordnung. Hierzu gehören unter anderem:

Gesetz zur Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen

Die Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) beteiligt Studierende, Promovierende und Personalvertretungen stärker an den Entscheidungen der Hochschule. Es verbessert die Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses, schafft mehr Geschlechtergerechtigkeit und stärkt die Rechte der Senate.

Mit der Novellierung geben wir den Hochschulen eine moderne Struktur, die auf Dialog setzt, die Beteiligungskultur ausbaut und die Autonomie der Hochschulen stärkt. Damit sichern wir die Attraktivität unserer Hochschulen für die Zukunft. Nach der Abschaffung der Studiengebühren lösen wir ein weiteres Versprechen ein: die Demokratisierung der niedersächsischen Hochschulen. Die zentralen Änderungen im Einzelnen:

Stärkung der Beteiligungskultur: Studierende haben jetzt die Möglichkeit, mit einem Quorum von drei Prozent Themen an die Hochschulorgane heranzutragen. Diese müssen sich dann hochschulöffentlich mit diesen Themen befassen.

Jede Hochschule erhält die Möglichkeit, zusätzlich eine/n hauptberufliche/n Vizepräsidenten/in für den Bereich Studium, Lehre und studentische Belange einzusetzen. Dieses Amt muss im Einvernehmen mit den Studentinnen und Studenten besetzt werden: Die StudierendenvertreterIn im Senat und in der Studienqualitätskommission müssen dem Senatsvorschlag zustimmen. Der Kreis derjenigen, die zu nebenberuflichen Vizepräsidenten bestellt werden können, wird auf sämtliche Mitglieder der Hochschule, also auch auf Studierende und Doktorandinnen und Doktoranden, erweitert.

Mitglieder der Personalvertretung, die Gleichstellungsbeauftragten und Studierendenvertreterinnen und -vertreter können zukünftig an den Sitzungen der Hochschul- und Stiftungsräte mit beratender Stimme teilnehmen. Ferner wird eine eigene Interessenvertretung der Promovierenden eingeführt. Damit werden Entscheidungen transparenter und erhalten höhere Akzeptanz. Die Senate werden gestärkt und erhalten mehr Rechte.

Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs: Um die hohe Zahl befristeter Arbeitsverträge an den Hochschulen zu verringern, werden die Laufzeiten der Befristungen an die Promotionsdauer und Projektlaufzeit gebunden. Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern werden so attraktivere und planbarere Karrierewege eröffnet. Das stärkt die Hochschulen im internationalen Wettbewerb um exzellente Köpfe.

Bessere Studienbedingungen: Anwesenheitspflicht ist nur dann erforderlich, wenn sie für die Erreichung der Ziele der Lehrveranstaltung wirklich erforderlich ist. Die Grenznote beim Übergang vom Bachelorstudium in einen konsekutiven Masterstudiengang wird in zulassungsfreien Studiengängen aufgehoben. Die Bedürfnisse von Studierenden mit pflegebedürftigen Angehörigen werden berücksichtigt. Studierende mit Behinderungen werden durch einen besonderen Beauftragten besser gestützt.

Mit der NHG-Novelle bekräftigen wir unsere Forderungen nach mehr Hochschuldemokratie, guter Arbeit auch an den Hochschulen, besserer Lehre und Gleichstellung der Geschlechter. Mitbestimmung bedeutet Verantwortung und Teilhabe. Diese drei Elemente stärken die Identifikation von Studierenden und Beschäftigten mit ihrer Hochschule!

Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften

Mit dem neuen Personalvertretungsgesetz stärken wir die Mitbestimmung der Personalräte in den Behörden: Wir haben mit diesem Beschluss ein modernes, der Zeit angepasstes Personalvertretungsgesetz. Schon im Vorfeld der Beratungen haben wir deutlich gemacht, dass die Personalvertretungen in den Dienststellen wichtige und gleichberechtigte Partner der Arbeitgeber sind.

Mit den jetzt beschlossenen Änderungen wird die Freistellung für Personalvertreter erhöht, Personalvertretungen erhalten darüber hinaus beispielsweise ein ausgeweitetes Mitspracherecht bei der Befristung von Arbeitsverträgen und bei den Inhalten von Beförderungsrichtlinien.

Gute Arbeit ist ein Aushängeschild der rot-grünen Landesregierung und eine politische Maxime für diese Regierungskoalition. Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Deshalb haben wir mit unserer politischen Mehrheit im Land die Bedingungen seit der Regierungsübernahme vor zweieinhalb Jahren deutlich verbessert. Dem dient auch dieses Gesetz.

Im Wahlkreis unterwegs

Vorlesetag in der Grundschule Sorsum

Auch in diesem Jahr habe ich mich wieder, wie viele andere Genossinnen und Genossen von uns auch, am bundesweiten Vorlesetag beteiligt. In zwei Durchgängen habe ich allen Schülerinnen und Schülern aus den von ihnen zuvor ausgewählten Lieblingsbüchern vorgelesen. Auf der Wunschliste haben die Bücher "Der kleine Drache Kokosnuss-Schulausflug ins Abenteuer" von Ingo Siegner und "Das wilde Määäh und die Monster-Mission" von Vanessa Waldner gestanden. Wie in jedem Jahr war es ein ganz besonders schöner Vormittag. Ich finde es toll, dass sich auch in diesem Jahr wieder so viele von uns daran beteiligt haben.



Welt-AIDS-Tag - Straßensammlung in Hildesheim



Jedes Jahr am 1. Dezember organisiert die Hildesheimer AIDS-Hilfe zum Welt-Aids-Tag eine Sammlung in der Fußgängerzone und bittet bekannte Mitbürgerinnen und Mitbürger um Unterstützung. Gerne habe ich die Aktion wieder unterstützt und zusammen mit einem ehrenamtlichen Mitarbeiter der Hildesheimer AIDS-Hilfe Spenden gesammelt. Leider gehört der alltägliche Umgang mit Menschen, die sich mit dem HIV-Virus infiziert haben, immer noch nicht zur Normalität.

Die gesammelten Spenden, die in die Präventions- und Aufklärungsarbeit fließen sollen, sind sehr gut angelegt.

Kassendienst zu Gunsten des Bündnisses gegen Depressionen

Innerhalb einer Stunde habe ich sagenhafte 2550 Euro (!) an der Drogeriekasse von dm eingenommen. Den gesamten Umsatz hat der Drogerie-Discounter anschließend an das Hildesheimer Bündnis gegen Depressionen gespendet. Ein ganz dickes Dankeschön an alle geduldigen KundInnen, allen, die extra ihren Einkauf in meine Kassenschicht gelegt haben, dem dm-Team für die tolle Unterstützung und der Geschäftsleitung für die tolle Aktion und diese großzügige Spende. Nach dieser Schicht habe ich noch viel größeren Respekt vor der Leistung der Menschen, die täglich acht Stunden an der Kasse sitzen und auch am Ende ihrer Schicht noch immer ein freundliches Wort finden.



Alle Jahre wieder - Spenden für wohltätige Zwecke in der Hildesheimer Fußgängerzone



Am vergangenen Samstag vor dem dritten Advent habe ich erneut mit Genossinnen und Genossen aus dem Stadtverband Hildesheim mit dem SPD-Pavillon vor der Jakobikirche in der Hildesheimer Innenstadt gestanden. Der Stand hat inzwischen Tradition und ist den Hildesheimer Bürgerinnen und Bürgern schon ein bekanntes Bild geworden.

Bei selbstgebackenem Kuchen, Kaffee, Glühwein und Kinderpunsch waren auch in diesem Jahr wieder viele Menschen zum Verweilen eingeladen. Ich freue mich, dass wieder so viele zu uns an den Stand gekommen sind, um den guten Zweck zu unterstützen.

In diesem Jahr ist es das Kinder- und Jugendrestaurant "K.Bert", dem die eingenommenen Spenden gewidmet sind. Das "K.Bert" ist ein eigenständiges Projekt der Hildesheimer Tafel e. V., das Kindern und Jugendlichen aus sozial und finanziell schwachen Familien ein gesundes Frühstück oder Mittagessen zu einem günstigen Preis anbietet. Die gesammelten Spenden in Höhe von rd. 150 Euro werde ich zu Beginn des neuen Jahres an das "K.Bert" überreichen.

Termine

Es ist mir gelungen unsere **Präsidentin des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger**, und meinen Kollegen **Marco Brunotte, Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Verfassungsschutzes**, zu uns nach Hildesheim einzuladen. Im Rahmen einer Veranstaltung wollen wir **Mittwoch, 13. Januar 2016, ab 18.30 Uhr, in der Aula der Grundschule Nord**, über mögliche extremistische Bedrohungen diskutieren und dabei auch ganz konkret die Lage bei uns in Hildesheim betrachten. Eine Einladung werde ich Euch rechtzeitig zukommen lassen. Ich würde mich freuen, wenn viele von Euch an der Veranstaltung teilnehmen würden.

Auch in diesem Jahr wird der SPD-Stadtverband Hildesheim wieder einen **Neujahrsempfang** für alle Bürgerinnen und Bürger ausrichten. Der Empfang findet am

Samstag, 23. Januar 2016 von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr

vor der Jakobikirche in der Fußgängerzone statt. Ihr alle seid herzlich eingeladen, vorbeizuschauen und mit den Bürgerinnen und Bürgern auf das neue Jahr anzustoßen.

Übrigens: helfende Hände werden immer gebraucht. Gebt uns bitte eine kurze Rückmeldung, wenn ihr den Stadtverbandsvorstand bei der Durchführung der Veranstaltung unterstützen könnt.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das Jahr 2015 neigt sich im Sauseschritt dem Ende zu und ich danke Euch für das angenehme Miteinander und die guten Gespräche in den letzten zwölf Monaten.

Für die bevorstehenden Feiertage wünsche ich vor allem Zeit. Zeit für die Familie und für alle die Euch wichtig sind. Zeit zur Ruhe zu kommen und nicht zuletzt auch Zeit für Euch selbst. In diesem Sinne wünsche ich Euch und Euren Familien fröhliche Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr 2016.

Euer

